

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Deutschland und die Welt
und der Auswärtige Dienstleistungen
in den - Erste und zweite
Jahrszeit - Ausgabe Nr. 10.

Bericht über die Ergebnisse und das
Vorwissen der Delegations-, aus
wählte Aussagen der Delegations-
Rat und Politische und Politische
Politische und Politische

Telegramme: Tagblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Herausgegeben: Auer Leipzig Nr. 1000

Nr. 160

Freitag, den 11. Juli 1924

19. Jahrgang

Die Pariser Kompromisskomödie.

Eine Einigung auf Kosten Deutschlands.

Die Pariser Verschwörung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten hat zu einer Einigung der beiden Länder geführt, die nun mit einem gemeinsamen Programm in die Londoner Konferenz eingetreten werden. Dabei ist in der Hauptsache Macdonald der Gewebe und Herrriot der Empfänger gewesen. Der englische Ministerpräsident hat seinem französischen Kollegen erhebliche Zugeständnisse gemacht und damit dessen erschöpfte Stellung wieder gefestigt und ein schweres Hindernis für die Bevölkerung des Daviesplan aus dem Wege geräumt sein. Selbst das nationalistische "Echo de Paris" muss zugeben, daß Frankreich Erfolge erzielt hat. Allerdings ist Bertinac noch bei weitem nicht befriedigt, da er den ganzen Daviesplan für schlecht hält, und er fordert, dass das Ergebnis der Zusammenkunft mit den Worten: "Die Kette von Chequers ist etwas loser geworden, aber sie ist nicht gebrochen. Die für Herrriot sich so bedrohlich anlassende Senatsdebatte über die austro-türkische Politik dürfte also vorübergehen, ohne dass es Poincaré gelingt, seinen verhassten Nachfolger und Gegner u. Fall zu bringen.

Das ist aber so ziemlich auch das einzige Erfreuliche an den Ergebnissen der Pariser Aussprache. Denn was das zwischen den beiden alliierten Staatsmännern an Tatsächlichem Vereinbartes angeht, so kann es für uns wenig Grund zur Befriedigung geben. Die Einigung zwischen Frankreich und England ist wieder einmal, wie schon so oft, auf Kosten Deutschlands hergestellt worden. Die von Herrriot aus Furcht vor der nationalsozialistischen Opposition aufgenommenen Forderungen der Poincaré-Politik sind von Macdonald leider in weitgehendem Maße erfüllt worden. Der englische Premierminister hat die grundlegende These seiner Politik, dass das Sachverständigengutachten über den Rahmen des Versailler Vertrages hinausgeht, preisgegeben und insgesamt auch die wesentlichen Forderungen Frankreichs anerkannt und müssen.

Da von England der Daviesplan nur sozusagen als Ausführungsbestimmung zum Versailler Vertrag anerkannt worden ist, so ist die logische Folge, dass auch die Reparationskommission künftig darüber entscheiden soll, ob Deutschland sich eine Verfehlung gegen den Daviesplan habe aufzuhallen kommen lassen. Damit wird diesem Instrument der französischen Politik eine neue wichtige Rolle übertragen. Allerdings verdecken sich die Mehrheitsverhältnisse in der Reparationskommission ein wenig durch den Eintritt des amerikanischen Mittelgliedes, das die Interessen der amerikanischen Darlehnsgeber wahrnehmen soll. Bissher hatte Frankreich den entscheidenden Einfluss in der Reparationskommission, da die Stimmen Frankreichs und Belgiens infolge des ausschlaggebenden Gewicht der französischen Präsidialstimme immer das Übergewicht über diejenigen Englands und Italiens hatten. Durch die hinzukommende amerikanische Stimme würde also das Gleichgewicht in der Reparationskommission einigermaßen wiederhergestellt. Trotzdem erhofft diese Aussicht für uns keine erfreulichen Aussichten, da die Mitglieder der Reparationskommission bis bisher immer als wilde Befreiter des Poincaré-Politik gezeigt haben und Herrriot hier bisher keinen Personenwechsel vorgenommen hat.

Das größte Bedenken aber und den Sätzen ist, dass Deutschland nach dem Daviesplan nur der Punkt 4 des Abkommen her vorzuwerfen, wonach die Reparationskommission und zwar ohne amerikanischen Beobachter, festzustellen hat, wann der Daviesbericht von Deutschland zur Durchführung gebracht werden ist. Damit ist allen Schikanen gegenüber Deutschland klar und tot geschafft. Nach den Verhandlungen von Chequers sollte ein bestimmter Termin festgestellt werden, an dem Deutschland den Daviesplan in Kraft zu setzen hätte und ein damit zusammenhängender Termin, an dem die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands wiederhergestellt werden müsste. Es war also etwa so geplant, dass 14 Tage nachdem Deutschland seine Verpflichtungen nach dem Daviesplan nachgekommen war, auch Frankreich und Belgien die wirtschaftliche Einheit des betreffenden Gebietes vornehmen müssten. Am dem Pariser Abkommen fehlt jedoch eine klare Feststellung zwischen diesen Terminen und damit die Garantie für Deutschland, dass auch Frankreich und Belgien ihre Verpflichtungen komplett erfüllen werden.

Butzige, aber nicht am letzten Mal noch die aufzunehmende Position festgestellt werden, dass

Deutschland zu den Beratungen in London nicht hinzugezogen

wurden soll, sondern dass man offenbar beabsichtigt, ihm das fertige Protokoll zur Unterschrift vorzulegen. Damit wären wir also wieder bei der Diktatopolitik Poincarés angelandet. Die Alliierten haben zu beschließen und Deutschland zu gehorchen. Es ist merkwürdig, dass Herrriot und Macdonald nicht gelöst einsehen, in wie schrecklichem Gegensatz ein derartiges Verhalten zu den von ihnen so oft und so feierlich proklamierten Grundsätzen steht. Die Reichsregierung wird mit vollem Nachdruck darauf hinzuwirken haben, dass Deutschland bei den Londoner Beratungen gleichfalls zu Worte kommt. Der Text des Pariser Memorandums selbst gibt dazu eine gewisse Handhabe, da in den Punkten 4b und 4f ausdrücklich von den "Beteiligten" Regierungen die Rede ist, während an anderen Stellen von den interalliierten Regierungen gesprochen wird. Es wird aber niemand bestreiten können, dass auch Deutschland an der Durchführung des Daviesplanes "beteiligt" ist.

Deutschland wird vielleicht umso eher auf einen gewissen Erfolg bei seinen Bemühungen in London gehofft zu werden, rechnen können, da man in Paris offenbar die Rechnung ohne den amerikanischen Geldgeber gemacht hat. Schon jetzt wird, wenn auch in vorsichtiger Form, aus Washington gemeldet, dass die Vereinbarung über die Beteiligung eines amerikanischen Vertreters an der Reparationskommission für Amerika unannehmbar ist. Damit wird eines der wichtigsten Stücke aus dem englisch-französischen Abkommen herausgeschlagen und die ganze Frage von neuem aufgerollt. Man darf wohl die Hoffnung ausdrücken, dass die Londoner Konferenz, nachdem der von Poincaré entfesselte Entrüstungshurr in Frankreich sich gezeigt hat, unter Mitwirkung der Vertreter Amerikas noch manche Veränderung an dem unerfreulichen Bild bringen wird, das in Paris entworfen worden ist.

Enttäuschung in Berlin.

Berlin, 10. Juli. In den Regierungskreisen herrscht über die Pariser Beschlüsse eine lebhafte Enttäuschung vor, weil die deutschen Wünsche bezüglich der Hinzuziehung zur Konferenz mit keinem Worte Erwähnung finden, wohingegen die Alliierten zuvor erklärt haben, dass ohne deutsche Mitarbeit an der Konferenz Deutschland über den Friedensvertrag hinausgehende Verpflichtungen nicht zugemutet werden könnten. Mit allem Nachdruck müsste erklärt werden, dass von deutscher Seite niemals ein zweites Versailler Diktat unterschrieben werden würde. Von deutscher Seite wird man sich auf jeden Fall mit aller Kraft dagegen wehren, dass ohne Deutschlands Hinzuziehung beschlossen wird, wie die deutsche Finanz- und Wirtschaftshoheit wiederhergestellt werden soll.

Besonderes Interesse gewinnt die Pariser Übereinkunft dadurch, dass die drei Gesetzentwürfe, die die Grundlage des ganzen Gutachtens bilden, jetzt ihrer Vollendung entgegenstreben und der Zeitpunkt heranraht, an dem Deutschland seine selbstverständlichen Forderungen durchzusetzen hat. Über die die Experten sich in ihrem Bericht ausgesprochen haben. Diese Forderungen hängen sam und sonder mit dem gesetzten Gebiet, keiner Befreiung von der Macht der brutalen Gewalt, der Wiedergabe seiner Bewohner in kultivierter Zustand zusammen. Die Forderungen zwischen den englischen und französischen Premierministern haben über alle diese Fragen alles andere als Klarheit gebracht. Die schwere Gefahr, dass hier Deutschland Interesse auf nachteilige Weise beeinflusst werden, ist nicht zu verteuern. Ist das Industriegebiet nicht vollkommen frei zur Verfügung der deutschen Regierung gestellt, so kann eine Ausführung des Sachverständigengutachtens für Deutschland einfach nicht in Frage kommen.

Die deutschen Expertengesche erneut verlangt.

Paris, 10. Juli. Auf Grund des Ergebnisses der Pariser Ministerbesprechung sind die Botschaften Frankreichs und Großbritanniens in Berlin beauftragt worden, unverzüglich ihre Forderungen im Augustenburger Konsortium in Sachen einer beschleunigten Vorlegung der deutschen Gesetze zur Vollziehung des Davies-Gutachtens.

Frankreich denkt nicht an die Rückumung des Ruhegebietes.

Das "Echo de Paris" meldet, die nach dem Wahlkreis und dem Konsortium delegierten Gesandten fran-

nösischen Bildungstruppen sind bis zum 31. Oktober bestimmt. Die Eisenbahntruppen sind aufgrund einer Anordnung des Kriegsministers für einen Drittel zu ergänzen.

Die Pariser Vereinbarungen für Amerika unannehmbar!

London, 10. Juli. (WDTG.) Steiner berichtet aus Washington, einige amerikanische Regierungsvertreter erklärten, wenn sie auch mit ihrem offiziellen Kommentar zurückhalten, bis vollständige Informationen vorliegen, dass die Vereinbarungen zwischen Macdonald und Herrriot, durch die die Vereinigten Staaten eine volle Stimme in der Reparationskommission in Zusammenhang mit der Anwendung des Daviesberichtes erhalten würden, für den amerikanischen Standpunkt unannehmbar seien.

Skandalzene in der französischen Kammer.

Paris, 10. Juli. In der französischen Kammer kam es gestern aus Anlass der Aussprache über die Amnestievorlage zu wilden Szenen. Die Opposition veranstaltete larmende Kundgebungen gegen Gallien und Malot. Die Vertreter der Mehrheit wurden dabei in ihren Darlegungen unterbrochen. Als der Sozialist de St. Saix eine Feste machte, als ob er auf Malot ein Gewehr abdrückte, kannte die Erregung keine Grenzen mehr. Der Sozialist Mauzel stürzte, von 20 Abgeordneten der linken Linke begleitet, auf die Bänke der Opposition los. Es kam zu einem regelrechten Handgemenge. Einem Abgeordneten wurde der Kragen abgerissen, ein anderer erhielt Schläge ins Gesicht und blutete aus der Nase. Die Sitzung wurde sofort unterbrochen. Bei Wiederaufnahme der Sitzung hielt der Kommunist Martin eine lange Rede, in der er verlangte, der Amnestie-Gesetz solle auf alle ohne Unterschied anwendet werden. Redner ergab sich in heftigen Auseinandersetzungen gegen eine Reihe von Generälen, die er beschuldigte, dass sie sich während des Krieges Gewalttat geübt hätten. General Mollet protestierte. Schließlich wurde beschlossen, die Sitzung auf morgen zu vertagen.

Kleine politische Meldungen.

Der letzte Akt der Militärkontrolle.

Dem deutschen Botschafter ist die Antwort der Botschaftskonferenz auf die deutsche Note in der Militärkontrollfrage übermittelt worden. Sie nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die deutsche Regierung sich mit der geforderten allgemeinen Revision einverstanden erklärt. Bei aller Rücksicht auf die Notwendigkeit möglichster Beschleunigung der Kontrolloperationen wünscht jedoch die Konferenz, sich auf den 20. September als Schlutetermin der Kontrolle nicht festzulegen. Die Kontrolloperationen werden am 20. Juli beginnen.

Ministerialrat Schneider freigesprochen. Der Prozeß gegen Ministerialrat Schneider wegen der gefälschten Regierungsentwürfe endete mit einem in allen Punkten völligen Freispruch für Schneider. Im übersättigten Saal herrschte bei der kurzen Verkündung durch den hohen englischen Gerichtshof atemberaubende Stille. Der englische Regalschiff Richter, der den Freispruch mitteilte, beglückwünschte am Schlusse in vornehmster Weise Schneider und seinen Verteidiger, den Schweizer Bartholomä, aufs Herzlichste.

Bölkische Helden. Die "Münchner Allgemeine Zeitung" meldet, dass in Würzburg, im Anschluss an die kürzlich abgehaltene ReichsFrauentagung der Deutschen demokratischen Partei, drei Teilnehmerinnen, die am vergangenen Sonnabend einen Aufzug in die Umgebung der Stadt machten, bei welcher Gelegenheit sie das kompakto-goldene Abzeichen trugen, von mehreren pfälzischen Studenten überfallen und mit einer Trittböschung überschüttet worden seien. Die Damen hätten schwere Verwundungen davon getragen, ihre Kleider seien von der Säure zerstochen gewesen. Die Männer seien entflohen.

Hitlers Hochverrat. Der Führer der bayerischen Deutschen Nationalen Dr. Hitler gab im Geschäftsbüro des Bayerischen Landtages folgende Erklärung ab: Hitlers Unternehmen vom 8. November war zweifellos Hochverrat. Wenn man sage, dass es eine Reaktion gegen den Hochverrat von 1918 gewesen sei, so ist das nicht richtig. Die Schaffung des jungen Staates sei kein Hochverrat gewesen, sondern sei gekrönt in der Ausübung des höchsten Rechtes des Volkes; sein Schatz steht zu bestimmen. Wer sich gegen diese Verfassung mit Waffengewalt erhebe, handle nicht in berechtigter Reaktion, sondern er handle gegen das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes und erhebe sich gegen den Staat. Das nenne man eben Hochverrat.

Aufstellung des Umschlagswerts unzulässig. Zu der zweiten Finanzministerkonferenz in Berlin, die am 15. Juli beginnen wird, erfahren wir, dass der Reichsfinanzminister den Bundesstaatlichen Ministrern die Verlegung eines neuen Steuerprogramms zugesagt hat. Eine Aufstellung des Umschlagswerts, wie sie bis

Wir in der Öffentlichkeit mehrfach gefordert wurde, besichtigt der Reichsfinanzminister als zur Zeit unmöglich.

Das demokratische Präsidentschaftskandidat.

Wien, 9. Juli. John W. Davis, der früher amerikanische Kanzler in London, wurde heute nachmittag vom demokratischen Kandidaten zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten nominiert. Die Wahl findet am 3. November statt. Sein republikanischer Gegner in dem entscheidenden Wahlkampf wird der jetzige Präsident Coolidge sein, der vom republikanischen Kongress zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten wieder nominiert wurde. Die Nominierung Davis erfolgte als Ergebnis des ergebnissen und längsten Parteikongresses in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Steuerfragen vor dem Landtag.

Wie steht die Sachverständigengesetzgebung
die tatsächliche Wirtschaft?

Präsident Wissler eröffnet die 103. Sitzung am Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Vor Eintreten in die Tagesordnung gibt der Minister des Innern Müller eine Erklärung ab, die die geistigen Ausführungen des Abg. Biller über die tatsächliche Unsicherheit in Dresden richtigstellt. Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes vom 4. Juli 1923 über die Ausgabe von Roggenrentenchein durch die Bankenforschungskommission sowie der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über Holzfällerei und Wiederaufzüchtungen in nichtstaatlichen Waldungen werden ohne Abschreite angenommen. Die Vorlage über die Abänderung des Beamtenbefolzungsgesetzes wird in sofortiger Schlussberatung genommen.

Abg. Schirmer (Soz.) weist als Berichterstatter darauf hin, daß der Befolzungsausschuß sich bereits mit der Vorlage beschäftigt hat und einstellig die Überzeugung zum Ausdruck brachte, daß die Neuordnung unzulänglich sei. Man sei sich bewußt, daß eine Erhöhung der tatsächlichen Beamtengehälter sofort den Widerstand des Reichsfinanzministers herausfordern werde. Der Befolzungsausschuß beantragte deshalb, der Landtag wolle beschließen, durch die Staatsregierung die Reichsregierung zu ersuchen, schnellstens einen Gesetzentwurf zur Änderung der Befolzungsvorschriften vorzulegen. Es ist dabei zu fordern, daß den untersten Gruppen unbedingt das Leistungsprinzip Anwendung findet, damit allen Beamten ein Ansporn zum Vorwärtsstreben gegeben wird.

Von kommunistischer Seite wird Streichung der drei untersten Befolzungsklassen verlangt. Dieser Antrag wird abgelehnt. Der Gesetzentwurf findet mit dem Antrag des Befolzungsausschusses Annahme.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Umzugskostenvergess vom 28. April 08, der diese Frage in Unpassung zur die Reichsregierung neu regelt wird angenommen. Der Entwurf eines Gesetzes über Neuregelung der staatlichen Ruhestands- und Unterbliebenenbezüge. der früher Kirchenmusikalisch tätig gewesenen Volksschullehrer wird an den Rechtsausschuß verwiesen mit der Mahnung, daß die Regierung zügigstens die entsprechenden Maßnahmen durch Rötherordnung regelt.

Die Vorlage über Unterstellung der durch das Hochwasser in der Oberlausitz Geschädigten kommt in sofortiger Schlussberatung zur Annahme.

Weiter steht zur Beratung das Gesuch des Stadtrats zu Döbeln im Erzgebirge, um wegen einer Behilfe von 500'000 Mark für Wohnungsbauzwecke anlässlich der Bergschädenkatastrophe. Der Ausschluß ist zu der Überzeugung gelangt daß die Gelder nur für den Wohnungsbau verwendet werden dürfen. Eine Reparatur der Straßen empfiehlt sich gegenwärtig nicht, da mit weiteren Einstürzen gerechnet werden müsse. Der Ausschluß

unterstellt ein Vorleben von 850'000 Mark für die gesamten Werke vorliegt. Findet Annahme.

Über Kapitel 20 des inbegriffenen Finanzgesetzbuchs berichtet Abg. Wissler (CD. Sp.). Der Stadtrat bittet den Finanzminister, bei der Reichsfinanzverwaltung mit aller Energie durchzudringen, daß mit den unglaublichen Steuerausfällen endlich ein Ende gemacht wird. Sachsen bekommt nicht einmal 10 Prozent der Einkommenssteuer und nicht ganz 6 Prozent der Körpersteuer. Es würde nicht richtig sein, die gesamte Steuerverwaltung jettlos auf das Reich zu übertragen. Das würde große Schwierigkeiten für die Steuerzahler mit sich bringen.

Finanzminister Dr. Reinhold: Das Finanzministerium teilt die Ansichten des Vorredners vollständig. In einer mündlichen Besprechung mit dem Reichsfinanzminister vor zwei Tagen sei erreicht worden, daß der Modus der Schlüsselanteile geändert werde. Es werden nicht eher ruhen, bis die Ungerechtigkeit, unter der Sachsen leidet, beseitigt worden ist. Man habe vor einer durchkreisenden Wiederholung der Steuerorganisation und es sei nicht tunlich, jetzt noch irgendeine Maßnahme zu treffen, die vielleicht bald wieder aufgehoben würden.

Der Ausschusshandlungsfindet einstimmig Annahme. Auch die folgenden Punkte der Tagesordnung treffen.

Steuerfragen

Die Deutschen Nationalen hatten seinerzeit den Antrag gestellt, daß die Bewertung der Warenbestände und Umlagen auf Grund von § 11 des Gewerbesteuergesetzes nach dem Goldwerte zu Anfang und zu Ende des Beratungsjahrs zu erfolgen habe.

Abg. Böhme (Soz.) schlägtnamens des Reichsconsiliates vor, den Antrag abzulehnen, da er überholt sei. Zwei weitere Anträge der Deutschen Nationalen werden von dem Abg. Schreiber begründet. Die Regierung wird ersucht, eine Vorlage an den Landtag zu bringen, nach der § 10 des Grundsteuergesetzes und § 6 des Gewerbesteuergesetzes dahingehend geändert werden, daß rückwirkend auch den Einsichtlichen solcher Steuerzahler statzugeben sei, deren vierte Teilzahlung den Betrag von 20 Mark nicht übersteigt, ferner, daß die unsosiale wirkende Grundabgabe in einheitlicher Höhe von 30 Mrd. bestätigt wird. Der andere Antrag fordert die unverzügliche Vorlegung der bereits früher ausgesagten Gesetzesentwürfe über Änderung des Grundsteuer- und des Gewerbesteuergesetzes.

Finanzminister Dr. Reinhold hält es für unzulänglich noch nachträglich eine neue Reklamationschrift für den zürstlichen Termint der Gewerbesteuer einzuführen. Sagt dies aber hinsichtlich der Grundsteuer zu. Eine entsprechende Verordnung sei heute bereits erschienen. Man befindet sich in Deutschland in einem Zustande, den man als steuerliche Überlastung aller Volkstelle bezeichnen könnte. Die Steuern liegen nebeneinander und durcheinander. Das habe zu wirtschaftlich nicht tragbaren Verhältnissen geführt. Es sei an der Zeit, daß sofort nach Erledigung des Sachverständigengesetzes eine generelle Neuordnung des deutschen Steuerwesens durchgeführt werde. Diese Steuerregelung werde noch im Jahre 1924 erfolgen.

Wenn das Sachverständigengesetz Geht wird, dann müsse Sachsen Industrie und Gewerbe allein auf dem Wege der Obligationsteuer mit 30 Millionen Mark belastet werden.

Die neuen Steuern müssen daraufhin geprüft werden, ob sie auf die Produktion hemmend oder fördernd wirken und ob sie einen Wettkampf der deutschen Industrie in der Welt erlauben. Wir leiden gegenwärtig unter Steuern, die außerordentlich produktionshemmend wirken und die Lebenshaltung weiterer Volksträger verteuern. In Zukunft werden die Einkommens- und Ver-

brauchsteuern lieber auf Wirtschaftsproduktionen gelegt werden. Danach ist nun der nächsten Rundschau zu berichten. Das Reichssteuerministerium möchte es als seine Pflicht, im Wintermonat mit dem Reiche eine neue Rezession des Reichssteuerministeriums einzurichten. Die Gewerbe und Brauereien wird eine solche Wiederholung untersagen können.

Noch weiteres Rundschau, an dem sich die Abg. Wissler (CD. Sp.), Dr. Rösner (Dem.), Möller (CD. Sp.), Böhme (Soz.) beteiligten, wurden die Anträge an den Reichsfinanzminister überwiesen. Wenn wird das Gesetz über den Haushalt auf das Jahr 1924 auf Mindestmaß gebracht. Dr. Wöhne (Dem.) einstimmig befürwortet. Mit Rücksicht auf das Landtagswahl 1924 wird dieses Gesetz bestimmt.

Die Rundschau wird hiermit beendet.

Von Stadt und Land.

Wien, 11. Juli.

Große Ferien!

Was ist das für ein wundersames Souvenir und wie umfangt es Groß und Klein mit einem Gefühl Leuchtender Hoffnungen, prachtvoller Freiheitsgedanken: — Siegen! Heute nehmen sie bei uns im Sachsenlande ihren verheißungsvollen Anfang. Abgeschafft wird der Schulstand. Auf Wochen darf man ausspannen. Man hat das gute Recht, auf eine fröhliche Erholung einzugehen, und es kostet das so wie von selbst, denn diese Sommerferien gehören zum Schulbetrieb, wie die Sonne zur Natur. Und diese beiden lebhaften Dinge werden wiederum in den Ferien sehr reichlich gewünscht und gefüllt. Man sehnt sich nach Licht und Luft, nach stimmungsvoller Landschaft, nach einem Kalender auszutragen an irgendeinem hübschen Flecken deutscher Erde. Auch wer nicht weit fortgehen kann, hat doch jenes brächtige Truggefühl, das in Goethes Faust in den Worten zum Ausdruck kommt: "Ich ergreife, ich weiß nicht wie, binnliches Behagen!" Bänkchen vor alten Ferienreisenden eine glückliche Reise, einen wohlbelebten Tag, ein Bette, das ihnen und der Erde gleichweise gerecht wird, und zu allem die gute Laune, die auch Unannehmlichkeiten auf der Reise mit Humor ertragen hilft. Schließlich nimmt ja jeder Reisende den einen guten Trost mit: Wenn gut nicht nach Wunsch geht, dann kann er jederzeit in die offenen Arme der Heimat zurückkehren, wo man die Ferien ebenso behaglich und billiger verleben kann.

Sächsischer Lebenshaltungsbetrag. Nach den Berechnungen vom 9. Juli 1924 sind vom Statistischen Bundesamt folgende Zudeckungen der Lebenshaltungskosten (1913/14 Mittel) berechnet worden: Gehaltstinder (für Ernährung, Beleuchtung, Heizung, Wohnung und Bettdeckung) 1.273 Millonen. Gehaltstinder ohne Bettdeckung 1.250 Millonen. Am 2. Juli 1924 betrug der Gehaltstinder mit Bettdeckung 1.227 Millonen und ohne Bettdeckung 1.194 Millonen. Von 2. bis 9. Juli 1924 sind mit ihm die Preise der bei den Leistungstatistik berücksichtigten Güter um 3,7 gestiegen. Q. gestiegen.

Grund- und Hinterblebenenversicherung. Die Bombenversicherungsanstalt berücksichtigt, vor kommender Woche ab in fließender Gegenbeitragskontrolle ausführen zu lassen. Arbeitgeber, die mit der Markenverwendung im Rückstand sind, wird angeraten, diese zur Vermeidung von Bestrafung schleunigst nachzuholen. Die Postfliegarketten, Lohntüchern usw. sind zur Prüfung bereitzuhalten.

Walbewanderung des Erzgebirgsvereins. Es ist höchst auffallend, daß die Erzgebirgs-Gewerbevereine zum Ausgleich der Standesunterschiede und vor allem zur Bedeutung und Festigung der Heimatliebe, die Mitglieder der Gewerbevereine Wanderungen in die Nähe und Ferne unserer schönen Heimat unternehmen. So wird auch nächsten Sonntag der Erzgebirgsverein eine herzliche Walbewanderung unternehmen. Von Blaustein geht es durch das schöne Große Bodental nach Wildenthal, Carlisfeld und Schönheidehammer. Die zurückliegenden fünf Wanderstunden werden durch mehrere längere Ruhepausen auf den ganzen Tag verteilt. Möge schönes Wetter den Ausflug begünstigen. Glückauf!

Die Missionspredigtreise, die in der zu Ende gehenden Woche im Schneeberger Kirchenkreis gehalten wurde, findet

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.
Autorisierte Übersetzung von Gertrud Bauer.
(45. Fortsetzung.)

„Ja genau vor zehn Jahren.“ Er hantierte mit einem versiegelten Brief, der erst zehn Jahre nach seinem Tode geöffnet werden sollte, und dessen Vorhandensein ich auf das strengste verpflichtet war, geheim zu halten. Vor zwei Tagen war die Frist abgelaufen, ich habe den Brief geöffnet und das Testament gefunden.“ „Und jetzt ist es gestohlen?“

„Ja, jetzt ist es gestohlen.“ Der Pfarrer deutete auf eines der Fenster, das einst gestohlen war.

„Da ist der Dieb hereingekommen.“ Jäzte der. „Über wie kann sich einen Nutzen davon versprechen, das Testament zu stehlen?“ fragte Deutnant Rosenkranz verwundert.

„Niemand als der General,“ erwiderte der Pfarrer, „und Sie begreifen wohl, daß von dem nicht die Rede sein kann. Fräulein Luise ist ja sowieso seine einzige Erbin. Aber Ingenieur Stener behauptet, es seien doch Seute vorhanden, die sich einen Nutzen davon versprechen, wenn sie das Testament in Händen haben.“ „Sticht es in Händen haben,“ berichtigte der Ingenieur rasch. „Ich habe ausdrücklich gesagt, die sich einen Nutzen davon versprechen, das Testament zu verschaffen.“

„Dann muß dieses Unglück ja schon eingetreten sein,“ lachte Rosenkranz. „Ein Papier ist doch so leicht zu vernichten. Ich sehe aber immer noch nicht ein, daß damit ein großer Schaden geschehen wäre. Fräulein Luise kann wohl kaum die Absicht haben, den General von dem Gute zu verlegen.“

„Sie belieben zu schwärzen,“ sagte der Ingenieur zufrieden. „Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Allein hier liegen Umstände vor, die Sie nicht kennen.“

„Gut, dann werde ich hierüber nichts mehr sagen. Aber ich werde alles tun, um den Dieb zu entdecken.“

Der Ingenieur griff zum Telefon.

„Ich glaube trotz allem, es ist am besten, den Diebstahl dem Vogt anzumelden,“ sagte er. „Derartiges muß in den gesetzlichen Formen gemacht werden.“

„Sehr richtig,“ pflichtete Rosenkranz bei. „Ich habe immer sagen hören, Sie seien ein korrekter Mann.“

Über gerade, als der Ingenieur anfliegen wollte, wurde angekündigt, und er ergriff den Hörer. Gleich darauf sagte er:

„Ja, hier ist Ingenieur Stener.“

Danach:

„Nun, was wollen Sie?“

Man hörte das schwache Summen einer Stimme im Telefon.

„Es mußte eine wichtige Nachricht sein, die der Ingenieur erhalten hatte, denn er wurde merkwürdig bleich.“

Reumund dreigliedriges Kapitel.

Der Mann mit der Mappe.

Während hörte man den Ingenieur erregt ins Telefon hineinsprechen:

„Wiederholen Sie das noch einmal.“

Wieder wurde das schwache Summen einer Stimme vernehmbar, und das Gesicht des Ingenieurs wurde noch viel ernster. Er schloß die Unterredung mit den Worten: „Schließen Sie alle Tore. Raffen Sie keinen Menschen aus der Fabrik hinaus. Ich komme sofort.“

Rasch hörte er den Hörer an und griff nach seinem Hut.

„Was ist los?“ fragte Fräulein Luise üngstlich. „Es muß gewiß etwas Schlimmes geschehen sein, Sie sehen so blaß aus, Herr Stener.“

„Woher wurde telefoniert?“ fragte Rosenkranz.

„Aus der Fabrik.“

„So.“

„Ich wette, der Dieb ist auf dort gewesen!“

„Ja,“ erwiderte Stener. „Woher könnten Sie das wissen?“

„Weil ich es weiß.“ Jäzte der Deutnant.

Ingenieur Stener legte den Hut langsam wieder auf den Schreibtisch. Dann ging er auf Stoffkronze zu und schaute ihm in die Augen.

„Dann wissen Sie mehr vom dieser Sache als ich selbst.“

„Ja, ich weiß mehr davon als Sie.“

Mehrere Sekunden herrschte eine eigenartliche Stille; die vier Menschen schauten einander an. Der Pfarrer war verblüfft, Fräulein Luise verzweifelt, und Ingenieur Stener musterte Stoffkronz mit verdächtigen Augen.

„Dann müssen Sie sich näher erklären, Herr Baron,“ bat Fräulein Luise. „Wir ahnen ja gar nichts; diese alles ist und ein unerklärliches Rätsel.“

„Und zu dem Ingenieur gewandt, fragte Stener: „Was ist gestohlen worden?“

„Der Wahagonischart ist erbrochen, und die Skulpturen sind fort,“ antwortete der Ingenieur.

„Die Skulpturen?“

„Ja, seit ist das Dokument fort und die Skulpturen sind auch fort; unser Heind hat ganze Arbeit gemacht. Sollte ich nur eine Münze von seinem Vorhandensein gehabt.“

„Ist es wirklich vom Wahagoni, daß diese Skulpturen wieder zur Stelle kommen?“ fragte Rosenkranz. „Gott sei großer Wichtigkeit!“

Der Ingenieur führte ihn ans Fenster und sog den Vorhang zurück.

„Sehen Sie diesen Bereich,“ sagte der Ingenieur. „Die Fabrik beschäftigt jetzt schon vierhundert Menschen und hat die besten Ausflüchte für die Zukunft. Wenn alles gut geht, kann sie in drei Jahren tausend Menschen beschäftigen. Das ist von großem Wert, nicht allein für den kleinen Bereich, sondern auch für ganz Sachsen. Bis jetzt hat uns dieser Bereich über Millionen gebracht; wie sind bereit, nach vier Millionen zu steigen, und wenn die verbraucht sind, haben noch andere Möglichkeiten zur Verfügung.“

(Fortsetzung folgt.)

Wuer Tagesblatt und Anzeiger für das Ergebiege. Freitag, den 11. Juli 1924.
Hauswurden Sonntag übern Würzburg in einem Missionskonzert in die Gasse. Begleitet durch eine Besucher am Sonnabendabend 8 Uhr in der Friedenskirche wird der Missionskonzert in der Nikolaikirche verschiedene Veranstaltungen haben: 9 Uhr Festgottesdienst, 11 Uhr Kindergottesdienst, 2 Uhr Jugendversammlung, 8 Uhr Missionsabend. Reden Pfarrer Dr. Seehardt, der die Predigt im Vormittagsgottesdienst halten wird, werden noch Probst Meurer und Pfarrer Trudendorf sprechen. Frau Organistin Höhler wird einige Solosungen bieten, der Männerchor sich beteiligen und ein Quartett aus Mitgliedern des freiwilligen Kirchenchores singen. Zug und alt ist hierdurch nochmals auf diesen Missionskonzert aufmerksam gemacht, besonders auch auf die Besucher am Sonnabendabend. Sie besteht aus einem musikalischen Teil mit Missionsgesängen der Gemeinde, des Kirchenchores und Singstimmen und einem Bezugnis von der Mission, das Herr Superintendent Michael Dippoldswalde bietet. Der Eintritt ist frei, der Übergetragener kostet 10 Pf. Gaben für die Heldenmission werden dabei erbeten.

Erhöhung der Telephongebühren. Vom Verband Sächsischer Industrieller wird uns geschrieben: Die gegenwärtig noch geforderte kurzfristige Vergleichung von Telephongebühren hat in zahlreichen Fällen zu Vorstellungen bei dem Verband Sächsischer Industrieller Anlaß gegeben. In der jetzigen Zeit einer katastrophalen Betriebsmittelnot benötigen die Firmen alle eingehenden Gelder sofort für Lohnzahlungen oder wichtige Ausgaben zur Aufrechterhaltung der Betriebe, sobald das Verlangen, die Telephonführungen in denselben Zeitabständen wie im Frieden zu entrichten, durchaus berechtigt ist. Durch die kurzfristigen Zahlungen werden nicht nur den Betrieben Gelder entzogen, sondern durch die häufigen Abrechnungen auch unnötige Kosten verursacht, die bei der heut bestehenden Notwendigkeit der Herabsetzung aller Kosten vermieden werden sollten. Die kurzfristigen Zahlungen waren in der Inflationszeit berechtigt. Wie in vielen anderen Fällen kann sich auch hier der Staat nicht auf die stabilen Verhältnisse, die eine Herabminderung der unproduktiven Kosten verlangen, umstellen. Der Verband Sächsischer Industrieller hat deshalb bei dem Reichspostministerium den Antrag gestellt, in der Zahlungsweise mehr den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung zu tragen und sie der im Frieden üblichen anzupassen.

Erhöhung der Sozialrenten? Der Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten nahm einen Antrag an, wonach vom 1. August ab 38 ab der jährliche Reichsaufschluss für jede Invaliden-, Witwen- und Witwerrente 48 Mark und für jede Weisrente 24 Mark betragen soll. Ferner wurde beschlossen, die alten Renten der Unfallversicherung nach dem Jahresarbeitsverdienst zu berechnen und jedem, der aus der Unfallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder mehr der Vollrente bezieht, vom 1. Juli d. J. ab eine Sonderzulage von 16 Mark monatlich zu zahlen. Ein Antrag, welcher in der Wochenhilfe einen einmaligen Beitrag zu den Entbindungsosten und bei Schwangerschaftsschwerden auf 20 Mark und das tägliche Wochengeld auf mindestens 50 Pf. das Stiftsgeld auf mindestens 25 Pf. festlegt, wurde ebenfalls angenommen.

Turnen, Sport und Spiel.

Deutsche Turnerschaft — 14. Ergebnißtagung. Unter Gauporträt am 27. Juli in Lauter wird im allgemeinen wie folgt durchgeführt: Sonnabend Nachmittag, 14 Uhr Stellen des Jubelvereins Lauter auf dem Schulturnplatz, darunter Gedenkfeier für die gefallenen Turnfreunde und Gründung der 50-Jahrfeier des Turnvereins am Ehrenmal. 14 Uhr Marsch mit Musik nach dem Bahnhof zur Abholung der Gäste, des Gauturntrete und der Kampfrichter. Einzug mit Musik in den Festort. 8 Uhr Kampfrichterziehung im Gasthof zum Löwen und Wohnungslaterneausgabe im Gasthof Haniel. 7 Uhr Zapfenstreich. 8 Uhr Begrüßungsabend in der Turnhalle. Sonntag, den 27. Juli: 8 Uhr Wettkampf, 7 Uhr Stellen der Kampfrichter und Wettkämpfer auf dem Schulturnplatz und Ausgabe der Wettkämpfernummern. 18 Uhr Abmarsch mit Musik nach dem Festplatz. 8 Uhr Beginn des Wettkampfs für Turner in 2 Klassen, 1. Klasse 19 bis 22 Jahre, 2. Klasse 23 bis 40 Jahre; b) 8-Kampf in 2 Klassen; c) 8-Kampf der Altersabteilung über 40 Jahre; d) 8-Kampf für Turner der 1. Klasse (18 bis 20 Jahre). 19 Uhr Antreten der Jugendturner und Turnerinnen; e) 8-Kampf der Jugendturner 2. Klasse (17 bis 18 Jahre); f) 8-Kampf der Turnerinnen 1. Klasse (14 bis 17 Jahre); g) 8-Kampf der Turnerinnen 2. Klasse (über 17 Jahre). 21 Uhr Beginn des Schwimmens für 8-Kämpfer. 11 Uhr Austragung der Gaumeisterschaften in: a) Speerwurf, b) Diskus, c) Steinwurf. 1 Uhr Stellen der Vereine zum Festzug auf der Luther- und Bismarckstraße (in der Nähe des neuen Feuerwehrhauses). 12 Uhr Weiße der neuen Fahne auf dem Festplatz, anschließend Festzug durch den Ort. 14 Uhr Allgemeine Freiluft (Gaufreiluftungen). 14 Uhr Fortsetzung der Austragung der Gaumeisterschaften: Stabhochsprung, Augelstocken, Hochsprung, Weitsprung, 100-Meter-Lauf und Staffelläufe (jeweils 100 Meter für Turner und Turnerinnen, anschließend a) Mittelstreckenlauf 1000 Meter, b) Ringkampf, Freitänze nach Dr. Gösch, 8 Uhr Siegerverkündung. 7 Uhr Faustballspiele und Turnen des Jubelvereins. Den Gauvereinen sind inzwischen die Einschüsse und die Festfolge, sowie Bestimmungen für Wettkämpfer zugeworfen. Rüste Euch nun, dieses Fest würdig zu begehen. Kein Turner und keine Turnerin des Gaus darf ihm fernbleiben, alle müssen es mit erleben. Zu dem eingelochten Ringkampf werden noch Wettkämpfe erwartet.

Der Schwimmverband Kreis 7 wird am Sonntag, den 15. Juli 1924 nachmittags im städtischen Freibad das Kreismeisterschaftsspiel im Wasserball zum Ausdruck bringen. Für die anwesenden Badegäste bedeutet das eine Sehenswürdigkeit, hat ja doch gerade das Wasserballspiel bei den Besuchern des Bades immer das größte Interesse und den meisten Beifall ausgelöst. Allen Freunden und Gönnern des Wasserballs ist daher der Besuch des Freibades, womit gleichzeitig ein schöner Spaziergang verbunden ist, am nächsten Sonntag zu empfehlen.

Rennen mit Automobilführung. Unabhängig des Großen Preises von Europa bringt der Automobil-Club von Frankreich ein internationales Rennen mit Automobilführung zur Ausschreibung. Das Rennen findet am 31. Juli auf der Châloner Rundstrecke über 100 Kilometer statt.

Von den Auer Lichtspielbühnen

Großkinematographie. Eddie Polo — ein Name von nie vergangender Augenfarbe für alle Kinofreunde ist das. Eddie Polo auf der weißen Wand erscheint, da stellen die Zuschauer sich ein, als ob ein Magnet sie anziehe. Denn Eddie

Polo ist ein Typ für sich, der in seiner Person wie in seinen Löschen alles in sich vereint was Vieles als Ideal gilt: Mut, Entschlossenheit, Lobschwärzung und — Sensation. Dies ist bewußt er aufs Neue in dem großen Epochenfilm „Die Geheimnisse der Delphine“ seit gestern unter großem Beifall der Zuschauer in den Cariotheater-Lichtspielen läuft. Schon dieser erste Teil ist so voller sensationeller Handlungen und Vorgänge, daß er eine für die folgenden Teile vielversprechende Einleitung bildet. Eine verwinkelte politisch-schieler-Affäre bildet den Mittelpunkt des Stücks, um den sich zahlreiche Nebenhandlungen spannender Art gruppieren. Außer Eddie Polo treten noch andere erstklassige amerikanische Filmstars in dem Stück auf, aus dessen Fortsetzungen man die größten Erwartungen haben darf. Außerdem umfaßt das eben so reichhaltige wie unterhaltsame neue Programm noch drei je zweitägige Aufzüge, in denen teils der lustige Harry Sweet, ein guter Bekannter aus der weißen Wand, seine Ausschau bis zu Lochrändern erweitert teils wunderbare Tierdressuren das Publikum in Erstaunen legen. Wir können unsern Lesern nur anraten, nicht zu versäumen, das dieswöchige Programm in den Cariotheater-Lichtspielen in Augenschein zu nehmen.

Wilsenfels. *Industrieausstellung.* In der Zeit vom 19. bis 28. Juli findet hier eine Ausstellung ähnlicher Industrieerzeugnisse statt. Die Erzeugnisse sind vom Rohstoff an bis zum fertigfabrikat ausgestellt. Technologische Sammlungen und Kartensammlungen umrahmen die einzelnen Erzeugnisse. Die Ausstellung enthält für die Wirtschaftsförderung und Arbeitschule hervorragendes Material zur Kenntnis der Verbrauchsstoffe. Beteiligt an der Ausstellung sind vor allem die Aluminium-, Nadel-, Büromaschinen-, Papier- und Knopffabrik, weiter die Segeltuch-, Dreß- und Leinenindustrie, die Spinn- und Webereiindustrie und die für Wilsenfels geschichtliche Schloßladen- und Pfeffermühlenindustrie. Eine besondere Abteilung umfaßt eine umfangreiche landwirtschaftliche Ausstellung. Eine große Anzahl Gewerbe-Reklamestände schließen sich an. Die Ausstellung bietet somit Groß und Klein viel Bekanntes auf dem Gebiete unserer Wirtschaftsförderung.

Auerbach i. B. Explosion. Im biesigen städtischen Elektrizitätswerk explodierte ein 10 000-Voltsschalter, wobei sich der in der Nähe beschäftigte Monteur Schönfuss aus Eilefeld lebhaft in den Genannten in Flammen ein und verbrannte ihn erheblich an Kopf und Oberkörper, sodass er wegen Verfärbung des Augenlichts in das Kreiskrankenhaus nach Kitzbühel gebracht werden mußte. Infolge dieses Unglücks erlitt die Stromzuführung eine mehrstündige Unterbrechung.

Hassenstein i. B. Ueberfall. — *Kirchensteuer-* *auschuh.* Am Dienstagabend wurde auf dem Schützenfestplatz hier eine geistig nicht ganz normale junge Frauensperson von zwei Männern angesprochen, in den nahen Wald geschleppt und dort missbraucht. Die Polizei hat bereits mehrere verdächtige Personen festgenommen. — Die Kirchengemeindevertretung bildete in ihrer letzten Sitzung einer engeren Ausschuk, der jede einzelne schon geschehene oder noch bevorstehende Kirchensteuerzahlung prüfen soll, um gegebenenfalls Hätter zu befreien. Ungerechtfertigte auszugleichen und in persönliche Verhandlungen mit Steuerzahlern, die sich benachteiligt glauben, einzutreten.

Blauen. *Schweres Autounfall.* Der Fabrikant Oskar Schleicher aus Greiz kam gestern abend mit seinem Auto in Greizburg über Hof und wollte über Blauen nach Greiz fahren. Bei Weißbach lief ein vier Jahre alter Knabe etwa 10 Meter vor dem Auto über die Straße. Der Chauffeur wich aus und fuhr an einen Baum, wobei das Auto vollständig zertrümmt wurde. Der Insasse Schleicher wurde durch Glassplitter schwer verletzt. Der kleine vierjährige Knabe wurde von Polizei gestellt und so schwer verletzt, daß er heute nachts im Krankenhaus verstarb.

Bod. Elster. Todesfall. Am Mittwoch früh verstarb plötzlich nach schwerem Leiden der Herausgeber des Anzeigers für Bod. Elster, Buchdruckerbesitzer Max Siegler, im noch nicht vollendeten 50. Lebensjahr.

Noda. *Blieb im Land...* Im Frühjahr dieses Jahres wanderten von hier drei Familien, nachdem sie ihre ganze Habe verkauft hatten, nach Argentinien aus. Die eine der drei Familien kam jetzt von allem entblößt zurück, die zweite Familie befindet sich mittellos noch in Amerika, es fehlt ihr das Geld zur Rückfahrt und nur der dritte Auswanderer kehrte bekommt Arbeit dort. Vor einem planlosen Auswandern muß also gewarnt werden.

Meuselwitz. *Der Todesritt zum Schuhenset.* Beim Ausreiten zum Schuhenset im Nachbardorf Lecken stürzte der Buchhalter Ernst Seifert aus Reichen so ungünstig vom Pferde, daß er tot liegen blieb.

Leipzig. Eine angebliche Marie Gabriel aus Altroßwasser, 81 Jahre alt, die ein Ausländer bei seiner Ankunft vor einigen Tagen im Hauptbahnhof kennengelernt hatte, und die sich in einem der ersten Hotels hier aufhielt, hat diesem in der Nacht zum 7. d. M. aus seinem Zimmer in einem anderen Hotel, während er schlief, 1000 Dollar, bestehend in 8 Noten zu je 100 und 4 zu 50 Dollar sowie 600 französische Francen gestohlen. Wie die Diebin in das Zimmer gelangte, ist noch nicht einwandfrei festgestellt.

Strehlen. *Der Bureau de l'Artisanat.* Dies speziell deutsche Einrichtung ist von den Behörden schon oft totgeschlagen worden. Aber leider hört man immer wieder, daß er sein Haupt noch aus dem Sarge steckt. Er ist anscheinend nicht totzutreffen. Hier erhielt dieser Tage ein Handwerkermester von der Reichsbahnanstalt Oelsnitz die Papiere der von ihm im Jahre 1922 gezeichneten Abgangsanleihe in Höhe von 10 000 Mark (gleich 1 Millionst Goldpfennig) zugesandt. Der Meister mußte für die kostbare Sendung, die als portofreie Dienstbuche beförder worden war, 40 Goldpfennig, also 400 Millionen Papiermark zahlen.

Letzte Drahnachrichten.

Die Interpellationsdebatte im französischen Senat.

Poincaré verteidigt seine Politik.

Paris, 10. Juli. In der heutigen Senatsitzung debattete die Bevölkerung der Interpellation über die austro-diktatorische Politik der Regierung, die am Dienstag vor sich gehen sollte, über wogen der Ankunft Macdonald in Paris auf heute verschoben werden muß. Auf der Ministerbank lag allein Herrriot, umgeben von seinen ehemaligen Ministerkollegern, Bertrand Rocca und Bergeret, Senator Compard, der gemeinsam mit dem Senator Poincaré die Interpellation eingeführt hatte,

bekämpfte die Frage der Tagessordnung der Londoner Konferenz. Er erklärte, der Plan enthalte Vorstöße, vornehmlich Sicherheitsmaßnahmen, und wenn man diese bringe, habe man die Beantwortung zu fragen, ob man sicher sei, daß Deutschland seine Verpflichtungen halten werde. Die Erfahrung habe gelehrt, daß es nur unter sehr starkem Druck erfüllt. Deshalb müsse man Garantien holen. Auch sollten England, Frankreich und Belgien die Belebung des linken Rheinlandes bis zur vollen Erfüllung des Friedensvertrages aufrecht erhalten.

Poincaré führt aus. Er glaubte nicht, daß noch eine andere Außenpolitik getrieben werden könne, als die, die seine Regierung 2 Jahre hindurch getrieben habe. Er bedauerte vor allen Dingen, daß man nicht das Reparationsproblem zu gleicher Zeit mit dem Friedensschuldenproblem bearbeiten könnte. In dieser Richtung habe Macdonald seine Ansicht geändert. Das Sachverständigenprogramm sei für Frankreich ein Mindestumfang. Heute müsse man befürchten, daß die deutsche Regierung in London den Versuch machen werde, Milderungen zu erlangen. Nach dieser Richtung müsse Herrriot stark bleiben. Denn es wäre ungünstig, wenn Deutschland nach London käme, um den Sachverständigenbericht abzuhören. Poincaré nahm dann die von ihm so oft in öffentlicher Rede verbreitete Version über die Vorgeschichte der Ruhrbesetzung wieder auf und suchte seine Handlungswelt zu rechtfertigen. Die direkte Beibehaltung des französischen Besetzungsheeres in Ruhrgebiet während der Ausführung des Sachverständigenplanes sei möglich. Die Belebung der deutschen Schule durch Beschaffung von Obligationen sei erleichtert worden. Würden sie auf den Markt gebracht, dann könnte dadurch eine teilweise Räumung des Ruhrgebietes möglich werden. Deutschland dürfe keine neuen Vorteile aus dem Sachverständigenplan ziehen. Wenn man Erleichterungen gewöhne, dann leide man am Ende ab. Gleichzeitig etwas Ähnliches, dann würde Frankreich seine Handlungsfreiheit zuschränken. Deutschland kann nur am Ende der Konferenz berufen werden, wenn die Alliierten unter sich völlig einig seien und wenn die alliierten Regierungen die Zustimmung ihrer Parlamente erlangt hätten. Vor allen Dingen müsse Deutschland die notwendigen Gesetze annehmen. Als Poincaré seine Rede beendet hatte, brachten ihm etwa zwei Drittel des Senats Zustimmung. Die Weiterberatung wurde auf morgen nachmittag vertagt. Morgen wird Ministerpräsident Herrriot das Wort ergreifen.

Mehrere hundert Tote in São Paulo.

Neu York, 10. Juli. Die letzten Meldungen aus Rio de Janeiro besagen, daß die brasilianischen Regierungstruppen der Republik in São Paulo noch nicht völlig Herr geworden sind. Die Niederlage der Putzscharen sei allerdings nur mehr eine Frage von Stunden. Auf die Kaiserine, in der sie eingeschlossen sind, haben die Regierungstruppen ein Bombardement eröffnet. Die Zahl der Toten wird bereits auf mehrere Hundert geschätzt. Der Sachschaden ist sehr groß.

Riesenbrand in Mexiko.

Messina, 10. Juli. Kurz nach Mittag brach in einer Schule Feuer aus, das sich bald auf die Karmeliterkirche und das Gymnasium ausbreitete. Später griffen die Flammen auch auf Wohnhäuser über, von denen trotz Eingreifens der Feuerwehr und Truppen etwa 100 gestorben wurden. 30 Feuerwehrleute und Zivilisten wurden verletzt, 1500 Personen sind obdachlos.

Neues aus aller Welt.

Schlägerei in einer Stadtversammlung. Am wüsten Tumulttagen sonntags am Sonnabend in der Stadtverordentenversammlung in Schneidemühl, als gelegentlich der Besprechung einer deutschösterreichischen Anfrage über Ausweiterung der östlichen Ostküste in Schneidemühl der deutschösterreichische Stadtverordnete Köhler den sozialdemokratischen Stadtverordneten Schippa reizte und ihm Ohrfeigen anbot. In weiteren Verlauf der erregten Auseinandersetzung entstand zwischen beiden Stadtverordneten eine Schlägerei, an der sich auch die im Auschauerraum anwesenden zahlreichen Parteifreunde der beiden Stadtverordneten mit Krückstößen usw. beteiligten. Der deutschösterreichische Stadtverordnetenvorsteher verlor vollkommen. Schließlich griff der Oberbürgermeister ein und ließ den Saal polizeilich räumen.

Zur Mordaffäre Haarmann. Vom preußischen Ministerium des Innern sind mehrere Beamte der Polizeiabteilung mit dem besonderen Auftrag nach Hannover gesandt worden, die gesamten Maßnahmen der Polizei in der Mordaffäre Haarmann, insbesondere die Untersuchungen der Polizei in der Schneidemühl der deutschösterreichischen Stadtverordneten Köhler den sozialdemokratischen Stadtverordneten Schippa reizte und ihm Ohrfeigen anbot. In weiteren Verlauf der erregten Auseinandersetzung entstand zwischen beiden Stadtverordneten eine Schlägerei, an der sich auch die im Auschauerraum anwesenden zahlreichen Parteifreunde der beiden Stadtverordneten mit Krückstößen usw. beteiligten. Der deutschösterreichische Stadtverordnetenvorsteher ein und ließ den Saal polizeilich räumen.

Das 41. Denkmal in Tilitz umgerissen. Am Tiltz ist von ruchlosen Händen ein Bubenstuhl ausgeschlagen worden, daß eine schwere Verurteilung und tiefe Entstümung bei jedem anständigen Menschen hervorrufen muß. Man hat das Denkmal für die Gefallenen des Infanterie-Regiments 41, das von Verein ehemaliger 41 errichtet und vor einem Jahr im Schlußarten unter großer Anteilnahme der Bevölkerung geweiht wurde, mit brutaler Gewalt vom Sockel gerissen, sodass die einzelnen Teile nebeneinander im Garten liegen. Die verabscheuungswürdige Tat muß von langer Hand vorbereitet gewesen sein.

100 000 Rentenmark bei der Reichsbank unterschlagen. Nach Unterstellung von 100 000 Rentenmark zum Nachteil der Reichsbank ist laut „Festalangeleger“ der Reichsbankangestellte Fritz Kelle aus Hannover flüchtig geworden.

Eine Raderfabrik eingedossen. Wie die Provinz Bohemia teilte, ist in Görlitz die Raderfabrik in Flammen aufgegangen. Der Schaden beträgt ungefähr 40 Millionen Kronen. Die abgebrannte Fabrik war die älteste Raderfabrik für Wäschegüterherstellung. Die Raderfabrik war erst kürzlich mit einem Kostenaufwand von 800 000 Kronen neu hergerichtet worden.

Der Verbrecher im Schornstein. Aus Berlin wird gemeldet: Polizeibeamte, die auf der Suche nach einem aus den Rücken in Brügge entprungenen gewebtmäßigen Einbrecher waren, entdeckten bei der Durchsuchung eines Raumes, der früher zu einer Druckerei gehörte, vor der Öffnung des Schornsteins Ruß auf dem Fußboden. Da sie vermuteten, daß der Einbrecher im Schornstein versteckt sei, rissen sie durch die Öffnung, so sollte herauskommen. Als sie keine Antwort erhielten, brachen sie in einen Raum nach oben und gingen einige Meter hinauf in den Schornstein. Als auch

